

Land im Umbruch

Mecklenburg-Vorpommern
nach dem Ende der DDR

DIKTATUR UND DEMOKRATIE IM 20. JAHRHUNDERT



Diktatur und Demokratie im 20. Jahrhundert, Bd. 4

Schriftenreihe der Forschungs- und Dokumentationsstelle
des Landes Mecklenburg-Vorpommern
zur Geschichte der Diktaturen in Deutschland

Herausgegeben von
Stefan Creuzberger
Fred Mrotzek

Stefan Kreuzberger/Fred Mrotzek/
Mario Niemann (Hrsg.)

Land im Umbruch

Mecklenburg-Vorpommern
nach dem Ende der DDR

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten.

Dieses Werk, einschließlich aller seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist
ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere
für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Verfilmungen
und die Einspeicherung und Verarbeitung auf DVDs, CD-ROMs, CDs, Videos,
in weiteren elektronischen Systemen sowie für Internet-Plattformen.

© be.bra wissenschaft verlag GmbH

Berlin-Brandenburg, 2018

KulturBrauerei Haus 2

Schönhauser Allee 37, 10435 Berlin

post@bebra-wissenschaft.de

Redaktion der Reihe: Stefan Creuzberger, Fred Mrotzek, Rostock

Redaktion des Bandes: Stefan Creuzberger, Fred Mrotzek, Mario Niemann, Rostock

Lektorat: Matthias Zimmermann, Berlin

Umschlag und Satz: typegerecht, Berlin

Schrift: Minion Pro 10,5/13,5 pt

Druck und Bindung: Friedrich Pustet, Regensburg

ISBN 978-3-95410-079-8

www.bebra-wissenschaft.de

Inhalt

Vorwort	9
----------------------	---

Fred Mrotzek

Bewegende Anfänge

Die Neugründung des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern – ein Sonderfall	11
---	----

Parteiensystem im Wandel

Werner Müller

Neugründung im Nordosten

Die Sozialdemokratie auf dem Weg in die parlamentarische Demokratie	25
---	----

Christian Nestler und Christopher Scheele

Die Erben der SED

Von der Staatspartei zum Koalitionspartner	47
--	----

Ines Soldwisch

Parteien im Umbruch

Zur Geschichte der Liberalen und Christdemokraten 1989/90	70
---	----

Steffen Schoon und Nikolaus Werz

Eine Frage der Legitimation

Die Landtagswahl von 1990	88
---------------------------------	----

Neuaufbau von Parlament und Administration

Stefan Ewert und Oliver Gladrow

Parlamentarischer Neustart

Der Landtag und die Verfassungsgebung in den 1990er-Jahren	109
--	-----

Sigrid Keler

»Geld muss einfach da sein, egal woher.«

Die ehemalige Finanzministerin im Zeitzeugengespräch über die Finanzpolitik Anfang der 1990er-Jahre	129
--	-----

Dieter Schröder

Verantwortung der Kommunen

Vom demokratischen Zentralismus zur Selbstverwaltung im Rechtsstaat 136

Alexander Prectel

»Vor allem die fehlende Infrastruktur machte uns zu schaffen.«

Der ehemalige Generalstaatsanwalt im Zeitzeugengespräch
über die Umgestaltung und den Neuaufbau der Justiz 155

Jürgen Kröplin

»Etwas Besseres hätte nicht passieren können.«

Ein ehemaliger Zöllner im Zeitzeugengespräch über die
Umgestaltung und den Neuanfang des Zollwesens 166

Gudrun Heinrich

Fanal »Rostock Lichtenhagen«

Rassistische Ausschreitungen und die junge Demokratie 173

Wirtschaft im Umbruch

Mario Niemann

Licht und Schatten

Die Transformation der Landwirtschaft in den Jahren 1990 bis 1995 191

Ingo Sens

Prozesse der De-Industrialisierung

Das Werften-Problem 215

Helmut Klüter

Sehnsucht nach der Ostsee

Der steinige Weg vom Massen- zum Qualitätstourismus 234

Martin Koschkar

Neue Perspektiven?

Die Hoffnung auf ökonomische Vernetzungen im Ostseeraum 261

Bildungspolitik als gesellschaftliche Herausforderung

Conchita Hübner-Oberndörfer

Die Transformation des Bildungssektors

Schulpolitik in den 1990er-Jahren 279

Daniel Lehmann und Kersten Krüger

Hochschulpolitischer Wandel

Die Universität Rostock im Umbruch 298

Martin Buchsteiner

Mehr als ein »Austausch des Türschildes«

Die Greifswalder Geschichtsmethodik zwischen 1990 und 2005 328

Umbau der Medienlandschaft

Nikolaus Werz

Neuanfang und Wandel

Die Umgestaltung der regionalen Presse 347

Gerd Schneider

»Mecklenburg-Vorpommern machen wir nicht zur Sparbüchse!«

Der ehemalige Direktor des NDR-Landesfunkhauses in Schwerin
im Zeitzeugengespräch über die Anfänge des
öffentlich-rechtlichen Rundfunks 365

Wandel in den Kirchen

Klaus-Dieter Kaiser

Bewährtes mitnehmen und Neues wagen

Herausforderungen, Debatten und Entscheidungen
der evangelischen Kirche Anfang der 1990er-Jahre 379

Georg Diederich

Aufbruch zu neuen Ufern

Weg und Wirken der katholischen Kirche in Mecklenburg
von 1989 bis 1994 410

Umgang mit dem historischen Erbe

Volker Höffer

Die schwierige Hinterlassenschaft der Stasi und der Beginn ihrer behördlichen Aufarbeitung

Betrachtungen eines Zeitzeugen 439

Oliver Plessow

Die neue Vielfalt des Gedenkens

Zum erinnerungskulturellen Wandel von 1989 bis Mitte der 1990er-Jahre 469

Martin Schoebel

Die Frühgeschichte des Bundeslandes

Aktenbestände im Landesarchiv Schwerin 501

Anhang

Abkürzungsverzeichnis 516

Personenverzeichnis 520

Autorinnen und Autoren 524

Abbildungsnachweis 526

Vorwort

»Die zeitgeschichtliche Forschung«, so Hans Rothfels in seinem programmatischen Aufsatz von 1953, »steht gewiß vor ungeheuren Lücken und wird sich oft mit einem Nichtwissen bescheiden müssen. Aber es ließe sich ebensowohl sagen, daß sie mindestens für Teilgebiete über eine Fülle des Materials verfügt wie keine frühere Epoche und zugleich über eine Wünschelrute des Hervorlockens, die nur ihr erreichbar ist.«¹ Forschungen zur Zeitgeschichte – so auch der vorliegende Band – setzen sich immer der Gefahr von zu großer Nähe zum Untersuchungsgegenstand aus, was zudem durch die eigene Betroffenheit des Historikers zusätzliche Verstärkung erfahren kann. »Aber es ließe sich ebenso zeigen, daß etwa die Aufgabe des historischen Verstehens, also des Sich-Hineinversetzens in die Lage der Handelnden wie der Leidenden, durch die Situation des Mitlebens erheblich erleichtert werden kann.«²

Der vorliegende Sammelband »Land im Umbruch« behandelt die Gründung des Landes Mecklenburg-Vorpommern 1990 und die ersten Jahre bis etwa zum Ende der ersten Legislaturperiode von Landtag und Landesregierung. Ohne jeden Zweifel war der Übergang von der sozialistischen Diktatur in eine parlamentarische Demokratie für die Zeitgenossen ein erheblicher Lebenschnitt, verbunden mit zum Teil schmerzhaften Brüchen, aber auch chancenreichen Neuanfängen. Zwei der Herausgeber sind Landeskinder, zählen also zu den unmittelbar Betroffenen. Der dritte forschte Anfang der 1990er-Jahre als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Universität Bonn in Moskau und konnte dort die politischen Umbrüche und den Niedergang des sowjetischen Imperiums persönlich miterleben. Der Entstehungsprozess des vorliegenden Bandes war geprägt durch die zum Teil sehr unterschiedlichen Perspektiven, Erfahrungen und Erlebnisse der Herausgeber, daraus ergaben sich inspirierende Diskussionen. Es einte das Interesse am Forschungsgegenstand.

Der Zusammenbruch der DDR – auch in den drei Nordbezirken – gilt als relativ gut erforscht. Dagegen existieren über den sich daran anschließenden Transformationsprozess kaum Untersuchungen. Anders als etwa die Sozialwissenschaften, die sich seinerzeit sehr zeitnah auf die Transformationsforschung verlegt hatte, steht die Zeitgeschichtsforschung hier erst am Anfang. Sie kann noch keine abschließenden

1 Hans Rothfels: Zeitgeschichte als Aufgabe. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 1. Jg. (1953), H. 1., S. 1–8, hier S. 5 f.

2 Ebd., S. 6.

Einschätzungen im Sinne einer Bilanz geben, aber die Auseinandersetzung in vielfältiger Hinsicht anregen. Das Projekt steht für eine interdisziplinäre Zusammenarbeit und die Zusammenführung von breiter fachlicher Kompetenz aus dem Lande Mecklenburg-Vorpommern. Diese Vorgehensweise verdeutlicht nicht nur die Komplexität der Probleme, sie bietet auch die Möglichkeit, zu einer differenzierten Auseinandersetzung zu gelangen. In wissenschaftlichen Einzelstudien werden zu sieben Themenfeldern erste Analysen und Einschätzungen von Spezialisten unterschiedlicher Fachgebiete gegeben. Im Mittelpunkt der Beiträge stehen die Entwicklung der Parteien und die Neugestaltung des politischen Systems einschließlich der an sie gestellten Herausforderungen ebenso wie die vielfältigen Umbrüche im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben des Landes. Hierzu gehören das Bildungssystem, die Medienlandschaft und die Rolle der Kirchen. In einem weiteren Schritt sollen Interviews mit Zeitzeugen auf die wichtigsten Leerstellen aufmerksam machen, zu denen bisher kaum oder gar keine wissenschaftliche Forschung erfolgt ist. Damit wird weiteres Quellenmaterial zugänglich und auf Forschungspotenziale hingewiesen. Beiträge zu Möglichkeiten, diesen Transformationsprozess zu erforschen und erinnerungskulturell darzustellen, beschließen den Band. Deutlich wird, welche erheblichen Anpassungsleistungen den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern in den Jahren ab 1990 abverlangt wurden. Der Sammelband möchte nicht zuletzt deshalb Impulse für die weitere wissenschaftliche Aufarbeitung geben und zugleich eine historisch breiter interessierte Leserschaft für Themen der jüngsten Landesgeschichte des nordöstlichsten Bundeslandes in Deutschland gewinnen.

* * *

Ein besonderer Dank gilt abschließend den Autorinnen, Autoren und Interviewpartnern, die an diesem Projekt mitgewirkt haben. Es hätte überdies ohne die großzügige finanzielle Unterstützung der Landeszentrale für politische Bildung, namentlich Jochen Schmidt und Heinrich-Christian Kuhn, nicht realisiert werden können. Beiden sei hierfür herzlich gedankt. Unterstützung erhielten wir dankenswerterweise durch Nikolai Holzer. Als studentische Hilfskraft an der Forschungsstelle hat er sich engagiert um die Beschaffung von Fotomotiven für den Aufsatzband gekümmert. Zu danken ist auch dem Fotografen Roland Hartig für die freundliche Bereitstellung von Bildmaterial und dem be.bra wissenschaft verlag. Dessen Lektor Matthias Zimmermann hat abermals in bewährter Gewissenhaftigkeit bewiesen, dass die von der Forschungs- und Dokumentationsstelle des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Geschichte der Diktaturen in Deutschland herausgegebene Schriftenreihe »Diktatur und Demokratie im 20. Jahrhundert« bei ihm in guten Händen liegt.

Rostock, im Oktober 2017

Stefan Creuzberger, Fred Mrotzek, Mario Niemann

Fred Mrotzek

Bewegende Anfänge

Die Neugründung des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern – ein Sonderfall

Am 28. Oktober 1990 herrschte Jubelstimmung in Schwerin. Die Abgeordneten des am Vortag konstituierten Landtages hatten Alfred Gomolka (CDU) zum ersten Ministerpräsidenten gewählt und dann über die Landeshauptstadt abgestimmt: Bei einer Stimmenthaltung erhielt Rostock 25 und Schwerin 40 Stimmen. Während die Rostocker diese Abstimmungsniederlage »gelassen und weltmännisch«¹ hinnahmen, feierten die Schweriner ihre Stadt in einem spontanen Volksfest auf dem Alten Garten vor dem Schloss. Die Auseinandersetzung um die zukünftige Landeshauptstadt von Mecklenburg-Vorpommern hatte in den Monaten zuvor durch zum Teil heftige Debatten die öffentlichen Medien beherrscht. Dabei gingen die unterschiedlichen Lager durchaus kreativ vor. Während die Befürworteter Schwerins erfolgreich versuchten, durch sogenannte Kaffeefahrten² die Vorzüge der Stadt zu repräsentieren, sorgte die Rostocker Bezirksverwaltung unmittelbar vor der Abstimmung im Landtag durch ein Gutachten einer internationalen Beratungsagentur für Aufregung. Danach würde durch die Wahl Schwerins zur Landeshauptstadt die Wirtschaft des neuen Landes empfindlich und dauerhaft geschwächt.³

Die eigentliche Crux der staatlichen Vereinigung von Mecklenburg und Vorpommern konnte naturgemäß durch den Hauptstadtdeschluss nicht gelöst werden. Die Verantwortlichen waren sich aber dieser Problematik durchaus bewusst: Führende CDU-Politiker aus Vorpommern setzten sich für ein eigenes Bundesland ein. Schließlich einigte man sich darauf, dass die Territorien der ehemaligen DDR-Bezirke Rostock, Schwerin und Neubrandenburg in einem Bundesland vereint werden sollten. Damit waren aber noch nicht die Verwaltungsstruktur und vor allem die Frage der Landeshauptstadt geklärt. Nicht zu Unrecht befürchteten Politiker aus Vorpommern die Gefahr einer Benachteiligung ihres Landesteils. Der damalige parlamentarische Staatssekretär Günther Krause versuchte zu vermitteln und schlug

1 Georg Diederich: Die Wiedergründung des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Bericht eines Zeitzeugen, Schwerin 2010, S. 74.

2 Vgl. ebd., S. 48 f.

3 Vgl. ebd., S. 73.

das Landschaftsmodell vor, nach dem Schwerin die Hauptstadt für Mecklenburg, Stralsund für Vorpommern und Rostock Landeshauptstadt geworden wären.⁴ Verglichen mit der Gründung der anderen Bundesländer im Prozess des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik Deutschland stellte die Verschmelzung von Mecklenburg und Vorpommern einen Sonderfall dar. 1990 wurden zwei Regionen mit zum Teil sehr unterschiedlichen kulturellen, wirtschaftlichen und politischen, vor allem aber demokratischen Traditionen scheinbar willkürlich in einer neuen Verwaltungseinheit zusammengeführt.

»Sorgenkinder« und Modernisierer

Die beiden mecklenburgischen Großherzogtümer galten als rückschrittlich und zählten auf Grund ihrer ständischen Verfassung von 1755 zu den parlamentarischen »Sorgenkindern« des Deutschen Kaiserreiches. Allerdings erregte in der Reichspolitik das in der preußischen Provinz Pommern geltende Dreiklassenwahlrecht »weit mehr Aufmerksamkeit als die völlige politische Rechtlosigkeit der mecklenburgischen Bevölkerung«.⁵ Auch die pommerschen Provinziallandtage basierten auf einer ständischen Verfassung. Immerhin war im Landtag Neuvorpommern und Rügen aufgrund des dort seit 1806 geltenden schwedischen Rechtes auch die Bauernschaft als vierter Stand vertreten. Mit der Einführung einer neuen Provinzialordnung 1875 verschwanden die Stände aus den pommerschen Parlamenten. Die 91 Abgeordneten wurden von da an durch eine indirekte Wahl für eine sechsjährige Legislaturperiode bestimmt.⁶ Im Vergleich zu Mecklenburg bedeutete das eine erhebliche Modernisierung.

Bis zum Ende des Ersten Weltkrieges schien das Deutsche Kaiserreich stabil. Weder für das linksliberale Bürgertum noch die Sozialdemokratie stand die Ablösung der Monarchie auf der Tagesordnung. Die änderte sich mit der Kriegsniederlage. In der Novemberrevolution von 1918 ging es nicht um die Umgestaltung Deutschlands nach dem Vorbild der russischen Revolution von 1917, sondern um die Einführung von mehr demokratischen Rechten, wie zum Beispiel das Frauenwahlrecht. Aber auch hier wählten die beiden mecklenburgischen Staaten und Preußen unterschiedliche Wege. Während Mecklenburg-Strelitz in einem zügig erarbeiteten und

4 Vgl. ebd., S. 46.

5 Anke John: Die Entwicklung der beiden mecklenburgischen Staaten im Spannungsfeld von Landesgrundgesetzlichem Erbvergleich und Bundes- bzw. Reichsverfassung vom Norddeutschen Bund bis zur Weimarer Republik, Rostock 1997, S. 203.

6 Vgl. Norbert Buske: Kurzer Abriss der vorpommerschen Verfassungsgeschichte, Schwerin 1994, S. 15 f.

verabschiedeten Landesgrundgesetz 1919 den Fortbestand des kleinen Freistaates garantierte, ließen sich die Schweriner mehr Zeit und verabschiedeten im Mai 1920 eine Verfassung, die zu den modernsten in Deutschland zählte. Die Deklaration der bürgerlichen Grundrechte (Paragrafen 4–23) war – anders als in der Weimarer Reichsverfassung (Artikel 109–165) – an die vorderste Stelle gerückt und stand damit ganz bewusst in der demokratischen Tradition des nur ein Jahr im Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin gültigen Staatsgrundgesetzes von 1849.⁷ Allerdings enthielt auch die Schweriner Verfassung von 1920 keine Bestimmungen zur Abwehr antidemokratischer Kräfte, was 1932 die frühe Machtübernahme der Nationalsozialisten im Land begünstigte.⁸

Im pommerschen Provinziallandtag dominierten adlige Mandatsträger, deren Anzahl nach den Wahlen im Juli 1919 deutlich sank. Aber selbst im April 1920 wurde der von den Sozialdemokraten eingebrachte Antrag zur Einführung eines allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Verhältniswahlrechtes sowie zur Veränderung der ungerechten Wahlkreiseinteilung mehrheitlich abgelehnt. Erst nach der Verabschiedung eines neuen Wahlgesetzes veränderte sich die Zusammensetzung des Provinziallandtages im Dezember 1920 deutlich. Anders als in den Mecklenburger Landtagen dominierte zu Beginn der 1920er-Jahre das konservative Lager, das die Weimarer Republik ablehnte.⁹ Die Demokratisierung der Verwaltung scheiterte und begünstigte zusammen mit anderen Faktoren den Aufstieg der NSDAP.¹⁰ Nach deren Machtantritt verloren die Länder 1934 mit der Gleichschaltung ihre Hoheitsrechte, die beiden Mecklenburgs wurden mit Lübeck in einem Gau zusammengeführt.

Anfang unter dem Sowjetstern

Die einschneidende Zäsur, die schließlich zu einer ersten Zusammenführung von Mecklenburg und Vorpommern in einer Verwaltungseinheit führte, bildet das Jahr 1945. Am Morgen des symbolträchtigen 20. April 1945, dem »Führergeburtstag«,

7 Vgl. Fred Mrotzek: Die Verfassung des Freistaates Mecklenburg-Schwerin vom 17. Mai 1920, in: Wolf D. Gruner (Hrsg.): Jubiläumsjahre – Historische Erinnerung – Historische Forschungen. Festgabe für Kersten Krüger zum 60. Geburtstag, Rostock 1999, S. 7–95.

8 Vgl. ebd., S. 95.

9 Vgl. Ilona Buchsteiner: Bruch oder gradueller Wandel? Ämterbesetzung in den pommerschen Verwaltungs- und Selbstverwaltungsorganen, in: Bert Becker/Kyra T. Inachin (Hrsg.): Pommern zwischen Zäsur und Kontinuität, Schwerin 1999, S. 69–84, hier S. 80 f. (künftig zitiert: Becker/Inachin, Pommern).

10 Bert Becker: Verwaltung und höhere Beamtenschaft in Pommern 1918/19, in: Becker/Inachin, Pommern, S. 39–68, hier S. 68.

begann der Angriff der 2. Weißrussischen Front unter Marschall Konstantin Rokossovski auf die Hauptkampflinie der deutschen Wehrmacht, die sich auf dem Westufer der Oder in Vorpommern befand. Bis zum 27. April waren die letzten deutschen Verteidigungslinien überwunden. Anfang Mai traf die Rote Armee auf einer Linie zwischen den Städten Wismar, Schwerin und Ludwigslust auf anglo-amerikanische Truppen, die entsprechend alliierter Vereinbarung am 30. Juni 1945 Westmecklenburg an die sowjetischen Truppen übergaben.

Am 27. Juni 1945 fanden unter der Leitung von Gustav Sobottka in Güstrow und Rostock Gespräche statt, in denen es um die Zusammensetzung einer künftigen Landesverwaltung ging. Im Ergebnis dieses Treffens sollten der verwaltungserfahrene Sozialdemokrat Wilhelm Höcker Landespräsident und der Kommunist Hans Warnke sein Stellvertreter und Innenminister werden. Schon einen Tag später erhielten Höcker und Warnke von Armeegeneral Wassili D. Sokolowski, der in Berlin-Karlsdorf als stellvertretender Chef der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) verantwortlich zeichnete, die Vollmachten zum Aufbau der Verwaltung in der »Provinz Mecklenburg«.¹¹

Die innenpolitischen Rahmenbedingungen der Landesgründung waren geprägt durch die katastrophalen und chaotischen Verhältnisse der Nachkriegszeit. Angst und Schrecken vor den Sowjetsoldaten herrschten unter der deutschen Zivilbevölkerung. Vorpommern und Mecklenburg waren davon ganz besonders betroffen. »Den Soldaten der 2. Weißrussischen Front, die später Vorpommern und Mecklenburg besetzten, eilte ein furchtbarer Ruf voraus. Bei den Kämpfen in Ostpreußen war es in jedem Ort zu unvorstellbaren Verbrechen an Zivilisten gekommen.«¹² Vergewaltigungen, willkürliche Tötungen und Plünderungen durch Angehörige der Roten Armee waren am Ende des Krieges und in den Jahren danach an der Tagesordnung. Bis 1949 erreichte das Innenministerium die Klagen der vor allem ländlichen Bevölkerung.¹³

Ein weiteres Problem bestand in den hohen Zahlen von Flüchtlingen und Vertriebenen, die sich in dem Land aufhielten. Mecklenburg und Vorpommern waren hiervon weit stärker betroffen als die anderen Länder und Provinzen der Sowjeti-

11 Vgl. Werner Müller/Andreas Röpcke (Hrsg.): Die Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern unter sowjetischer Besatzung 1945 bis 1949, Bd. 1: Die ernannte Landesverwaltung, Mai 1945 bis Dezember 1946. Eine Quellenedition. Eingeleitet und bearbeitet von Detlev Brunner, Bremen 2003, S. 13 f. Die sogenannte Initiativgruppe »Sobottka« war nach den Kampfhandlungen Anfang Mai aus Moskau nach Vorpommern und Mecklenburg gekommen.

12 Fred Mrotzek: *Vae Victis*, in: Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. (Hrsg.): *Der Golm und die Tragödie von Swinemünde. Kriegsgräber als Wegweiser zwischen Vergangenheit und Zukunft*, Kamminke 2011, S. 271–290, hier S. 287.

13 Ebd., S. 282.

schen Besatzungszone (SBZ). Im November 1945 befanden sich unter der Gesamtbevölkerung des Landes von 2,5 Millionen Einwohnern etwas mehr als 1,4 Millionen Vertriebene. Das waren 56 Prozent.¹⁴ »Sowohl die sich erst im Aufbau befindende Landesverwaltung als auch die kommunalen Verantwortlichen waren auf den Menschenansturm nicht vorbereitet und mit der Situation völlig überfordert.«¹⁵ Die Situation wurde zunehmend unkontrollierbar, als die SMAD Ende Juli 1945 festlegte, dass Mecklenburg-Vorpommern durch die geringe Bevölkerungsdichte und die dominierende Landwirtschaft bis zu fünf Millionen Menschen aufnehmen könne. Die für diese Massenzuwanderung nicht vorhandene Infrastruktur führte in kurzer Zeit zu chaotischen Zuständen. Die kommunistischen Machthaber waren letztlich gezwungen, im Frühjahr 1947 einen Aufnahmestopp zu verfügen, um eine weitere Eskalation der Lage zu verhindern.¹⁶ Die soziale Lage vor allem der Vertriebenen blieb bis weit in die 1950er-Jahre problematisch.

Auch außenpolitisch gab die Sowjetunion die Rahmenbedingungen vor. Die Gründung des Landes Mecklenburg-Vorpommern erfolgte vor dem Hintergrund der Neugestaltung bzw. Aufteilung Ost- und Mitteleuropas nach sowjetischen Interessen von »oben«. Territoriale Traditionen oder basisdemokratische Prozesse spielten dabei keine Rolle. Vielmehr war die Gründungsphase des Landes eng verknüpft mit der Etablierung einer neuen, diesmal kommunistischen Diktatur. »Entdemokratisierung, Entföderalisierung und Übernahme stalinistischer Strukturen in den politischen Organisationen und im Staats- und Verwaltungsaufbau sind die Stichworte, die diesen Prozess kennzeichnen.«¹⁷ Allerdings verfolgte die speziell für den besetzten Nordosten am 9. Juli 1945 in Schwerin gegründete Sowjetische Militäradministration (SMA) – wie alle anderen sowjetischen Militärverwaltungen der SBZ auch – anfangs eher sicherheitspolitische und wirtschaftliche Interessen, vor allem die Sicherstellung umfangreicher Reparationen.¹⁸ Diese Politik ließ Freiräume zu. Es existierten in den ersten Jahren nach Kriegsende durchaus demokratische Ansätze, vor allem im bürgerlichen Milieu des Landes, bei der CDU, der LDP, aber auch in der Sozialdemokratie. Erst mit der Veränderung der deutschlandpolitischen Ziele der Sowjetunion begann ab 1947 die von Walter Ulbricht immer wieder eingeforderte Zentralisierung. Die Länder verloren bis zur Gründung der DDR ihre Kompetenzen und wurden letztlich 1952 aufgelöst.

14 Vgl. Mirjam Seils: Die fremde Hälfte. Aufnahme und Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in Mecklenburg nach 1945, Schwerin 2012, S. 43.

15 Ebd., S. 45.

16 Vgl., ebd., S. 49.

17 Detlev Brunner: Der Schein der Souveränität. Landesregierung und Besatzungsmacht in Mecklenburg-Vorpommern 1945–1949, Köln u. a. 2006, S. 1.

18 Vgl. ebd., S. 380 f.

Unklarheit herrschte bei der Benennung des Landes. Der Befehl Nr. 5 der SMAD ernannte am 9. Juli 1945 Generaloberst Iwan Fedjuninski zum Chef der SMA »des Landes Mecklenburg, in dessen Grenzen der westliche Teil Pommerns ohne die Stadt Stettin einzuschließen ist«.¹⁹ Die Bezeichnungen Mecklenburg, Mecklenburg-Pommern, Mecklenburg-Vorpommern wechselten bis 1947. Es gab dafür von sowjetischer Seite keine feste Regelung. Am 25. Februar 1947 erließ der Alliierte Kontrollrat das Gesetz Nr. 46 zur Auflösung des Staates Preußen. Anfang März ordnete die SMA in Schwerin die Änderung des Landesnamens an: Vorpommern als ehemals preußische Provinz durfte seitdem nicht mehr genannt werden. Am 21. Juli 1947 bestimmte der Befehl Nr. 104 die ausschließliche Bezeichnung »Land Mecklenburg« statt Provinz.²⁰

Weg zur demokratischen Neugründung von 1990

Vor diesem Hintergrund muss auch auf die schlagartige und dauerhafte Zerstörung der historisch gewachsenen, vielfältigen Verknüpfungen zwischen den beiden Großstädten Lübeck und Stettin mit der mecklenburgischen und vorpommerschen Grenzregion und dem Hinterland aufmerksam gemacht werden. Während der DDR-Zeit wurde daher die Bedeutung der zu urbanen Zentren ausgebauten Städte Rostock, Greifswald, Schwerin und Neubrandenburg nicht unwesentlich erhöht. Möglicherweise hat diese Entwicklung zu einer stärkeren inneren Homogenität geführt, die dann verbunden mit den territorialen Identitäten nach 1990 die Wiedegründung des Landes begünstigte. Aber auch die Stabilität und das Vorbild der nach dem Krieg von den Westalliierten in der »alten« Bundesrepublik gebildeten Länder mag die Wiederaufnahme der nur siebenjährigen Tradition des Landes Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 1990 befördert haben.

Trotzdem erstaunt, dass der Zuschnitt des Landes nach 1945 von der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR im Frühjahr 1990 übernommen wurde. Auch die Neugründung Mecklenburg-Vorpommerns war von »oben« angeschoben worden, wenngleich natürlich unter völlig anderen Voraussetzungen. »1990 war es nicht allein der ›Sog‹ des ›Modells Bundesrepublik‹, sondern zugleich verwundert es nicht, wenn die erste freigewählte Volkskammer der DDR auf ihrer Suche nach Überwindung des bürokratisch-administrativen Zentralismus den Weg der Re-Föderalisierung der DDR einschlug, der, weitgehend ausgehöhlt, 1952 abgebrochen worden war.«²¹ Grundlegend Einigkeit bestand darin, dass die ehemaligen drei Nordbezirke

19 Zit. nach ebd., S. 33.

20 Vgl. ebd.

21 Werner Müller: Die zwei Gründungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern 1945 und 1990.



Demonstration auf dem Neuen Markt in Rostock, 22. März 1990.

der DDR eine Verwaltungseinheit bilden sollten. Damit wurden andere Länderzuschnitte, wie zum Beispiel das Zusammenfügen von Vorpommern und Brandenburg, von vornherein ausgeschlossen. Diese Haltung war nicht unumstritten.

Der Kreis Perleberg, ursprünglich zu Brandenburg gehörig, war im Zuge der Verwaltungsreform von 1952 um drei mecklenburgische Dörfer erweitert und dem Bezirk Schwerin angegliedert worden. Auf einer Abstimmung im Jahr 1990 über die territoriale Zugehörigkeit des Kreises setzten sich die Befürworter für die traditionelle Wiederangliederung an das Land Brandenburg durch. »Bei den Einwohnern der mecklenburgischen Dörfer [...] löste dieses Votum Bestürzung aus. Die Männer und Frauen aus Dambeck und Brunow forderten nachdrücklich ihre Rückkehr in das angestammte Mecklenburg. Ende 1991, nach zahlreichen Protesten und Verhandlungsrunden, ging ihr Wunsch in Erfüllung.«²² Auch die Einwohner des östlich der Elbe gelegenen Amtes Neuhaus, ursprünglich zur Provinz Hannover gehörig,

Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit, in: Heiner Timmermann (Hrsg.): Die DDR – Politik und Ideologie als Instrument (= Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen, Bd. 86), Berlin 1999, S. 523–540, hier S. 525.

22 Christopher Clark: Preußen. Aufstieg und Niedergang. 1600–1947, München 2007, S. 780.

forderten nach dem Zusammenbruch der DDR die Trennung von Mecklenburg. 1993 wurde die Region dem Land Niedersachsen angeschlossen. Der Versuch der SED-Führung, mit der Einführung von 14 Bezirken die regionalen Identitäten, Verbundenheiten und Emotionen zu tilgen, war nicht gelungen.

Der Transformationsprozess von einer sozialistischen Diktatur zur parlamentarischen Demokratie durch den Beitritt des wiedergegründeten Landes in den Geltungsbereich des Grundgesetzes löste nicht nur Euphorie aus. Für viele Menschen des Landes begann nach 40 Jahren DDR ein zum Teil beschwerlicher Weg, der viel mehr von harten Brüchen als von Kontinuitäten geprägt war. Die zentralistischen Strukturen mussten überwunden und neue ungewohnte, aber auch die persönliche Eigenverantwortlichkeit fordernde Freiheiten – verbunden mit einem vollkommen politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Umbruch – gestaltet werden. Für diesen Prozess existierten kein »Handbuch« und keine historische Erfahrung, nach denen man sich hätte richten können. Ohne Frage gab es Fehlentwicklungen und falsche Entscheidungen, die zu schmerzhaften persönlichen Folgen führen konnten. Gemessen an den großen Herausforderungen, denen man sich in kurzer Zeit stellen musste, ist die Lebensleistung und -anstrengung der Menschen des Landes ohne jeden Zweifel enorm und darf nach dem gelungenen Transformationsprozess nicht vergessen werden. Mit der Hinwendung zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, dem Modell der sozialen Marktwirtschaft und der Rückkehr zum Föderalismus, der in Deutschland traditionell tief verankert war, haben – trotz vieler Probleme – alle gewonnen.

Von klassischen Politikfeldern und gesellschaftlichen Veränderungen

Dies eingehender zu beleuchten, hat sich die vorliegende Aufsatzsammlung zur Aufgabe gemacht. Beabsichtigt ist durch einen interdisziplinären Forschungsansatz Entwicklungsbedingungen und -linien nachzuzeichnen und erste Antworten aber auch offene Forschungsfragen zu skizzieren. Der Aufbau des Bandes folgt den klassischen Politikfeldern und den sich daraus ergebenden gesellschaftlichen Veränderungen. Im ersten Abschnitt werden die Demokratisierung und der Wandel im Parteiensystem betrachtet. Nachdem die SED ihre »führende Rolle« am Ende der DDR verloren hatte, begann eine tiefgreifende und grundlegende Veränderung der Parteienlandschaft. Christian Nestler und Christopher Scheele arbeiten in ihrem Aufsatz heraus, dass der PDS in Mecklenburg-Vorpommern ein Sonderweg gelang, durch den die erste Regierungsbeteiligung in einem Bundesland von 1998 bis 2002 ermöglicht wurde. Während LDPD und CDU sich ihren Schwesterparteien aus der Bundesrepublik anschlossen, entstand die SDP – später umbenannt in SPD – im

Zuge der Friedlichen Revolution im Herbst 1989 in einem basisdemokratischen Prozess neu. Die in klarer Absage zur SED gegründete Partei konnte bei den Wahlen nur enttäuschende Ergebnisse einfahren. Werner Müller kommt zu der Einschätzung, dass es der SPD im Land Anfang der 1990er-Jahre trotz sehr guter Umfrageergebnisse vor den ersten freien Wahlen nur bedingt gelungen war, einen demokratischen Sozialismus zu propagieren.

Im zweiten Abschnitt werden für den Komplex des Neuaufbaus von Parlament und Administration die Probleme und Chancen von zeitgeschichtlicher Forschung bereits deutlich. Während Stefan Ewert und Oliver Gladrow die Entstehung der Verfassung des Landes nachzeichnen und Dieter Schröder den Transformationsprozess vom demokratischen Zentralismus zur kommunalen Selbstverwaltung analysiert, fehlen zu anderen wesentlichen Bereichen wissenschaftliche Untersuchungen. Interviews mit Zeitzeugen versuchen hierauf erste Antworten zu geben. Die seinerzeitige Vorsitzende des Finanzausschusses des Landtages und spätere Finanzministerin Sigrid Keler (SPD) schildert in ihren Erinnerungen den schweren Beginn parlamentarischer Arbeit und das Zustandekommen des ersten Landeshaushaltes. Der damalige Generalstaatsanwalt von Mecklenburg-Vorpommern Alexander Prechtel berichtet über die komplette Umgestaltung und den Aufbau der Justiz.

Jürgen Kröplin, ehemaliger DDR-Zöllner, beschreibt seine Erlebnisse der Umgestaltung des Zolls aus der Sicht von »unten«, des unmittelbar Betroffenen. Eine erste Bewährungsprobe hatte die junge Demokratie des Landes im Sommer 1992 zu bestehen, als es in Rostock/Lichtenhagen vor der Zentralen Aufnahmestelle für Flüchtlinge, dem sogenannten Sonnenblumenhaus, zu rassistischen Ausschreitungen kam.

Die nie richtig funktionierende sozialistische Planwirtschaft entstand als Gegenentwurf zur sozialen Marktwirtschaft des Kapitalismus und blieb trotz einiger wirtschaftlicher Kampagnen der SED-Führung (z. B. »Überholen ohne Einzuholen«) in allen Belangen unterlegen. Spätestens mit dem Wegbrechen des RGW-Marktes waren fast alle Betriebe der DDR vom Konkurs bedroht. Die Gefahr der Arbeitslosigkeit – verbunden mit sozialem Abstieg – wurde in den ersten Jahren nach 1990 ohne Zweifel zur größten Belastung für die Bevölkerung der neuen Bundesländer. Im dritten Großabschnitt des Bandes sollen daher wesentliche Bereiche des wirtschaftlichen Umbruchs näher beleuchtet werden. Mecklenburg-Vorpommern war in erster Linie ein Agrarland. Demzufolge hat die Transformation der Landwirtschaft eine grundlegende Bedeutung besessen und sich direkt auf das berufliche und soziale Leben eines Großteils der Bevölkerung ausgewirkt. Der Beitrag von Mario Niemann untersucht die Entwicklung der volkseigenen, genossenschaftlichen und privaten Betriebe im Zeitraum von 1990 bis 1995 und die Veränderungen in Struktur und Leistungen der Landwirtschaft ebenso wie die Modernisierung und das soziale Leben in den Dörfern. Trotz vielfältiger, teils gravierender wirtschaftlicher



Demonstration in der Warnowwerft.

und sozialer Probleme konnte die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern die Transformationsphase insgesamt erfolgreich bewältigen und sich zu einem stabilen Wirtschaftsfaktor entwickeln.

Ingo Sens beschreibt den Prozess der Umgestaltung und Erhaltung der Schiffbauindustrie, die seit Gründung der DDR im Norden mit großem Aufwand aufgebaut worden war. Durch die Entscheidung der Landesregierung zur Förderung der Werften blieben zahlreiche Arbeitsplätze erhalten, wenngleich ihre wirtschaftliche Bedeutung sank. Die Entwicklung des Tourismus als Wirtschaftszweig in Mecklenburg-Vorpommern scheint auf den ersten Blick eine andauernde Erfolgsgeschichte zu sein. Helmut Klüter analysiert den Aufstieg der Branche unter den Faktoren Kontinuität, Diskontinuität und Neuerungen und arbeitet auch Fehlentwicklungen heraus. Nach dem Zusammenbruch der DDR mussten die außenwirtschaftlichen Beziehungen geordnet und aufgebaut werden. Martin Koschkar beschäftigt sich mit den neuen Möglichkeiten und ökonomischen Vernetzungen des neu gegründeten Landes zu den Staaten im Ostseeraum.

In der DDR besaß die SED das Bildungsmonopol. Im Unterschied dazu wurde das Bildungsressort mit seinen vielfältigen Problemen zu einem wesentlichen Schwerpunkt der parlamentarischen Arbeit im ersten Landtag. Dabei ging es nicht nur um die Einführung des dreigliedrigen Schulsystems, sondern letztlich um die komplette

Umgestaltung des zentralistischen sozialistischen Bildungssystems, was den Auftakt des vierten Buchabschnitts bildet. Conchita Hübner-Oberndörfer behandelt die umfangreichen Herausforderungen in der Schulpolitik frühen 1990er-Jahre. Neben der Neustrukturierung der Schulen und der Betreuung von Schülern in Horten musste vor allem das Personalwesen durch eine Vielzahl von Gesetzen komplett neu geregelt werden. Das bedeutete auch schmerzhaftes Einschnitte für die Lehrerinnen und Lehrer des Landes. Kersten Krüger und Daniel Lehmann beschreiben am Beispiel der Universität Rostock den hochschulpolitischen Wandel. Wenngleich die Hochschule während der Friedlichen Revolution kein Zentrum der Bürgerbewegung war und gesellschaftliche Veränderungen viel mehr von außen eingebracht wurden, begann die Reformierung mit einem bemerkenswerten basisdemokratischen Prozess im Mai 1990. Mit der Landesgründung übernahm dann das Landesparlament die weitere Umgestaltung der Hochschullandschaft. Martin Buchsteiner zeigt dies in seinem Aufsatz, indem er einen besonderen Bereich aus der Hochschulpolitik aufgreift und die komplette Neuausrichtung der Geschichtsmethodik an der Universität Greifswald beschreibt.

Mit dem Zusammenbruch der DDR ging auch das Informationsmonopol der SED verloren. Presse, Funk und Fernsehen taten sich mit den Veränderungen im Herbst 1989 schwer und spielten in der Friedlichen Revolution keine Rolle. Im fünften Großkapitel wird deutlich, dass der Umbau der Medienlandschaft ein erhebliches zeitgeschichtliches Forschungspotenzial besitzt und noch erhebliche weiße Flecken aufweist. Nikolaus Werz analysiert die Umgestaltung der Presselandschaft in Mecklenburg-Vorpommern, und Gerd Schneider, der Gründungsdirektor des NDR-Landesfunkhauses in Schwerin, erinnert sich an den Aufbau des NDR und die Umgestaltung und Neuausrichtung von Funk und Fernsehen.

Im Gegensatz zu den Medien und den Hochschulen waren die beiden Kirchen die Träger der Opposition und der Bürgerbewegung in der DDR. Ihre Funktion und Rolle in den drei Nordbezirken im Herbst 1989 kann als vergleichsweise gut erforscht gelten. Die Jahre der Transformation im Zuge der deutschen Vereinigung dagegen wirft für die beiden christlichen Kirchen im Nordosten der Republik zahlreiche neue Aspekte auf, wie ein spezielles Unterkapitel des Sammelbandes verdeutlicht. Die dortigen Kleriker mussten wichtige Wandlungsprozesse durchlaufen. Während Klaus-Dieter Kaiser die neuen theologischen Fragen und die Herausforderungen an die evangelische Kirche Anfang der 1990er-Jahre analysiert, beschreibt Georg Diederich vor allem die strukturellen Veränderungen und die Entstehung eines Nordbistums der katholischen Kirche.

Den Abschluss des Bandes bilden – wie kann es bei Zeithistorikern anders sein – Aufsätze zum historischen Erbe. Die Aufklärung der Machenschaften des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) einte die unterschiedlichen Strömungen der Bürgerbewegung in der DDR. Vor allem der weitere Umgang mit den Akten des

MfS wurde in der Bundesrepublik Deutschland seit der Wiedervereinigung zum Teil sehr emotional debattiert. Volker Höffer berichtet über die Sicherung der Akten und den Aufbau der damaligen Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen (BStU). Oliver Plessow stellt die Entstehung einer neuen, vielfältigen Erinnerungskultur bis zur Mitte der 1990er-Jahre im Land dar. Martin Schoebel schließlich beschreibt in seiner Funktion als oberster Landesarchivar die umfangreichen staatlichen Bestände zur Entstehungs- und Frühgeschichte des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Zugleich plädiert er ganz im Sinne der Herausgeber für weiterführende Untersuchungen. Und so möge die vorliegende Publikation die Zeitgeschichtsforschung für neue Themenfelder inspirieren, zugleich aber auch auf dem Gebiet der politischen Bildungsarbeit aufklärerisch und identitätsstiftend wirken. Denn die spannende, wechselvolle und von strukturellen Besonderheiten geprägte Geschichte des Landes Mecklenburg-Vorpommern im 20. Jahrhundert ist es wert, dass man sich eingehender mit ihr auseinandersetzt und dies auch jenseits der Wissenschaft in breitere, historisch interessierte Bevölkerungskreise kommuniziert.

Parteiensystem im Wandel

Werner Müller

Neugründung im Nordosten

Die Sozialdemokratie auf dem Weg in die parlamentarische Demokratie

Die Neugründung der Sozialdemokratischen Partei der DDR (SDP)¹ am 7. Oktober 1989² stellte eine »revolutionäre und systemsprengende«³ Absage an die SED-Parteidiktatur und den von ihr beherrschten Staat DDR insgesamt dar. Immerhin zählte die Beseitigung auch nur der formellen Existenz der SPD zu den Grundvoraussetzungen des Herrschaftsanspruches der SED. Die »Bestreitung des Macht- und des Wahrheitsmonopols der SED«⁴ wurde von den SDP-Gründern 1989 als Grundvoraussetzung einer Demokratisierung verstanden.

Konstituierung im Umfeld von Bürgerbewegungen

Die Sozialdemokratie in der DDR ging aus dem breiten Kreis von Bürger-, Friedens-, Menschenrechts- und neuen sozialen Bewegungen hervor.⁵ Ihre Nähe zu den Oppositionsgruppen, die zum Träger des Umbruchs von 1989/90 wurden, ist auch für

- 1 Der folgende Text ist ein aktualisierter und gekürzter Beitrag aus: Werner Müller/Fred Mrotzek/Johannes Köllner: Die Geschichte der SPD in Mecklenburg und Vorpommern, Bonn 2002, S. 223–250.
- 2 Umfassend nunmehr Peter Gohle: Von der SDP-Gründung zur gesamtdeutschen SPD. Die Sozialdemokratie in der DDR und die deutsche Einheit 1989/90, Bonn 2014 (künftig zitiert: Gohle, Von der SDP-Gründung). – Die quellengesättigte Untersuchung konzentriert sich allerdings auf die Berliner bzw. Zentralebene. Länder und Gemeinden bleiben außerhalb der Betrachtung.
- 3 Martin Gutzeit/Stefan Hilsberg: Die SDP/SPD im Herbst 1989 (künftig zitiert: Gutzeit/Hilsberg, Die SDP/SPD), in: Eberhard Kuhrt/Hanns Jörg F. Buck/Gunter Holzweißig (Hrsg.): Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft, Opladen 1999, S. 608 (künftig zitiert: Kuhrt/Buck/Holzweißig, Opposition in der DDR).
- 4 Arndt Noack: Wir bleiben hier (künftig zitiert: Noack, Wir bleiben hier), in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Wir bleiben hier! Das politische Vermächtnis von Oppositionsgruppen und der Bürgerbewegung in der DDR, Berlin 1997, S. 25.
- 5 Zu Niedergang und Verfall der DDR vgl. für vieles Ilko-Sascha Kowalcuzk: Endspiel. Die Revolution in der DDR, München 2009; die breiteste Übersicht über die Bürgerbewegungen bietet Kuhrt/Buck/Holzweißig, Opposition in der DDR, S. 427–718.

Mecklenburg-Vorpommern offenkundig.⁶ Gleichwohl musste zunächst eine zweifache Grundentscheidung getroffen werden: Erstens votierte man für die Gründung einer Partei⁷ anstelle einer weiteren Gruppe der Bürgerbewegungen. Die beiden treibenden Kräfte unter den Gründern, Martin Gutzeit aus Berlin und Markus Meckel, entschieden sich frühzeitig für die Partei, die nach Mandaten von Mitgliedern und Wählern strebte und einen festeren Zusammenhalt suchte als die eher lockere und offenere Struktur der Bürgerbewegungen.⁸ Zweitens erschien das Bekenntnis zur Sozialdemokratie nicht unbedingt zwingend. Den Gründern fehlten Bindungen an deren Traditionen, in ihrer Sicht sollte die neue Partei demokratisch, sozial und ökologisch sein. Steffen Reiche verwies auf eine »sozialdemokratische Grundströmung«, geprägt von der »Zustimmung zu Brandt, Schmidt, Vogel, zu Bahr, Eppler und Schmude und viele andere und dem Gefühl, dass durch sie für uns mehr erreicht worden ist als durch das Kohlsche Deutschlandgetöse«.⁹ Aber einen Moment der Entscheidung bildete auch die Überlegung, keine neue isolierte und möglicherweise sektiererische Strömung zu fördern, sondern mit dem Namen SPD »einen direkten Affront gegen die SED«¹⁰ zu suchen. Zugleich entschieden sie sich für eine Neugründung. Man wollte sich weder durch Rücksichtnahmen auf die westdeutsche Sozialdemokratie einengen lassen noch an die 1961 in Ost-Berlin aufgelöste SPD anknüpfen.

Anfang 1989 war die Entscheidung gefallen. Gutzeit und Meckel entwarfen zwischen Februar und April eine erste Plattform für eine »Initiative zur Gründung einer Sozialdemokratischen Partei«. Freilich waren alle diese Aktivitäten dem MfS nicht unbekannt geblieben.¹¹ In Niederndodeleben bei Magdeburg, wo Markus Meckel inzwischen als Gemeindepfarrer wirkte, wurde im Juli 1989 eine »Initiativgruppe« zur Parteigründung ins Leben gerufen. Als Unterzeichner, die auch Kontaktpersonen

6 Vgl. im Einzelnen Kai Langer: »Ihr sollt wissen, daß der Norden nicht schläft!« Zur Vorgeschichte und Geschichte der »Wende« in den drei Nordbezirken der DDR, Bremen 1999.

7 Gutzeit und Hilsberg datieren diese Entscheidung auf den Sommer 1988: siehe Gutzeit/Hilsberg, Die SDP/SPD, S. 611.

8 Vgl. Patrik von zur Mühlen: Die Gründungsgeschichte der Sozialdemokratie in der DDR (künftig zitiert: Von zur Mühlen, Gründungsgeschichte der Sozialdemokratie), in: Wolfgang Herzberg/Patrik von zur Mühlen (Hrsg.): Auf den Anfang kommt es an. Sozialdemokratischer Neubeginn in der DDR 1989. Interviews und Analysen, Bonn 1993, S. 38–60, hier S. 42 (künftig zitiert: Herzberg/von zur Mühlen, Auf den Anfang).

9 Steffen Reiche: Motivationen der Gründergenerationen (künftig zitiert: Reiche, Motivationen), in: Dieter Dowe (Hrsg.): Von der Bürgerbewegung zur Partei. Die Gründung der Sozialdemokratie in der DDR. Diskussionsforum im Berliner Reichstag am 7. Oktober 1992 (= Gesprächskreis Geschichte, H. 3), Bonn 1993, S. 22.

10 Von zur Mühlen, Gründungsgeschichte der Sozialdemokratie, S. 43.

11 Gohle, Von der SDP-Gründung, S. 71–74.

darstellen wollten, fungierten neben Gutzeit und Meckel nunmehr Ibrahim Böhme und der Greifswalder Studentenpfarrer Arndt Noack.¹² Öffentlich vorgelegt wurde dieser Aufruf erst rund einen Monat später, Ende August.¹³ Der Text wurde hand- und maschinenschriftlich vervielfältigt, an Freunde und Bekannte weitergegeben, aber auch westlichen Journalisten übermittelt.

Dieser kleine Gründerkreis verfügte über enge Beziehungen nach Mecklenburg-Vorpommern. Neben Noack hatten sowohl Gutzeit wie auch Meckel über Jahre hinweg im Norden gewirkt; noch 1988 hatte die Stasi mit einer ausgeklügelten Operation Meckels Wahl zum Studentenpfarrer in Rostock verhindert.¹⁴ Ferner waren mit Arno Behrend, Maschinenbauingenieur aus Neubrandenburg, und Johannes Kwaschik, Theologe aus Schwerin, sowie Ursula Kaden, Architektin aus Stralsund, weitere Vertreter aus Mecklenburg-Vorpommern beteiligt.¹⁵ Durch den ständig wachsenden Ausreisestrom aus der DDR im Herbst fühlten sie sich zum Handeln gedrängt. Trotz unzulänglicher Vorbereitungen und beflügelt durch die beständige Sorge, die Stasi könnte die Gründung verhindern, schritten die Initiatoren in der Nacht vom 1. zum 2. Oktober zur Tat und fertigten eine formelle Gründungsurkunde aus.¹⁶ Zudem hatte man für den Fall der Verhaftung der vier Kontaktpersonen »Ersatzmitglieder« benannt, die bis auf Angelika Barbe ebenfalls ausnahmslos Pastoren waren.

Der Termin der Konstituierung stand bereits fest. Ob das Zusammenfallen mit dem 40. Jahrestag der DDR »eher zufälliger Natur« war,¹⁷ mag bezweifelt werden. Steffen Reiche vermerkte, die 43 Gründer¹⁸ der SDP in Schwante »verband zusätzlich zu den bisherigen Motivationen der Wunsch, an diesem 7. Oktober ein klares Zeichen zu setzen, diesen Tag, 40 Jahre DDR, sozusagen würdig zu begehen«¹⁹

12 Aufruf zur Bildung einer Initiativgruppe ..., wiedergegeben in: Herzberg/von zur Mühlen, Auf den Anfang, Dokument I, S. 313–317, hier S. 316 f.

13 Ebd. – Bei Charles Schüddekopf (Hrsg.): »Wir sind das Volk!« Flugschriften, Aufrufe und Texte einer deutschen Revolution, Reinbek 1990, S. 41 wird das abweichend mit 26.9.1989 datiert.

14 Vgl. Christiane Holm: Opposition unter dem Dach der Kirche in den achtziger Jahren in der Stadt Rostock, Magisterarbeit, Universität Rostock 1998.

15 Vgl. Dirk Kröger: Die SPD in den neuen Bundesländern am Beispiel der Situation im früheren DDR-Bezirk Neubrandenburg. Ungedruckte Diplomarbeit, FU Berlin, Fachbereich Politische Wissenschaft, Berlin 1998, S. 12 (künftig zitiert: Kröger, SPD in den neuen Bundesländern).

16 Siehe im Einzelnen auch Petra Schuh/Bianca M. von der Weiden: Die deutsche Sozialdemokratie 1989/90. SDP und SPD im Einigungsprozeß, München 1997, S. 38–47.

17 Von zur Mühlen, Gründungsgeschichte der Sozialdemokratie, S. 45.

18 Vgl. Reiche, Motivationen, S. 24 – Von zur Mühlen verweist auf rund 40 bis 50 Teilnehmer der Gründungsversammlung. Eine Unterzeichnerliste nennt 38 Namen. So hätten nicht alle Beteiligten unterschrieben, ferner habe es eine gewisse Fluktuation in dieser Sitzung gegeben. Vgl. von zur Mühlen, Gründungsgeschichte der Sozialdemokratie, S. 46.

19 Vgl. Reiche, Motivationen, S. 24.

Am Nachmittag wurde die Gründungsurkunde von den Teilnehmern unterzeichnet und anschließend an die Medien in West-Berlin übermittelt. Stephan Hilsberg wurde zum Sprecher eines 15-köpfigen Vorstandes gewählt, zu seinen Vertretern Angelika Barbe und Markus Meckel, Ibrahim Böhme wurde Geschäftsführer und Gerd Döhling Schatzmeister.

Rund zwei Drittel der Gründer konnten auf eine berufliche Karriere als Theologen zurückblicken oder kamen aus dem christlich-humanistischen Milieu. Zudem waren sie im Schnitt relativ jung; sie konnten demnach kaum an die in der Nachkriegszeit untergegangenen Traditionen anknüpfen. Dieses Profil der Gründergeneration zeigte zugleich Chancen und Grenzen für die weitere Entwicklung. Die neue Partei musste ihren Standort noch bestimmen. In einer Richtung wollte man sich weder von der westdeutschen Sozialdemokratie noch von einer möglichen SED-Op-
position bevormunden lassen: Mit der Gründungserklärung in Schwante richteten die Initiatoren einen Aufnahmeantrag an die Sozialistische Internationale.

In Schwante trug Meckel ein von ihm im Auftrag der Initiativgruppe erarbeitetes programmatisches Referat vor.²⁰ Er stellte die neue Partei in die Linie sozialdemokratischer Traditionen, formulierte die Hoffnung, dass sie zu einer Volkspartei werden möge, und lud »alle SED-Mitglieder ein zu prüfen, ob diese Partei für sie zu einem Ort demokratischer Mitarbeit« für das »Ziel einer ökologisch orientierten sozialen und demokratischen Entwicklung der DDR« werden könne.²¹ Dabei bekannte er sich zum »Revisionismus« und grenzte sich deutlich von der »marxistisch-leninistischen« allgemein gültigen »Geschichtsmetaphysik« ab. Zum klassischen sozialdemokratischen Erbe zählten seine Verweise auf die Mehrheitsdemokratie, den gewaltenteilenden Parlamentarismus sowie den Rechtsstaat. Manches blieb offen: Detaillierte Aussagen zur künftigen Wirtschaftsverfassung über das Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft »mit vielfältiger, gemischter Wirtschaftsstruktur und unterschiedlichen Eigentumsformen« hinaus fehlten. Meckel erkannte die deutsche Zweistaatlichkeit als Folge der Vergangenheit an – eine Wiedervereinigung wurde als unrealistisch verworfen. Freilich glaubte man auch angesichts der Zeitumstände kaum an Alternativen: Noch schien der DDR-Sozialismus allenfalls reformier-, aber nicht überwindbar zu sein.

Auch das in Schwante verabschiedete Statut²² zeigte einen recht provisorischen Charakter. Seine ersten zehn Paragraphen wiederholten letztlich die politischen

20 Wiedergegeben in: Herzberg/von zur Mühlen, Auf den Anfang, Dokument IV, S. 319–331, hier S. 321–331.

21 Ebd., S. 322.

22 Vgl. Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), SDP Sozialdemokratische Partei in der Deutschen Demokratischen Republik, 3/MVAR000004, SPD-Kreisverband Rostock. – Zu den Debatten um das Statut siehe Gutzeit/Hilsberg, Die SDP/SPD, S. 640–642.

Grundsätze – dieser Teil sollte bis zum ersten regulären Parteitag gelten. Die Vorschriften zum Organisationsaufbau waren ausdrücklich als »Vorschlag« gekennzeichnet. Es war stark von basisdemokratischen Überlegungen geprägt; Repräsentativität und Transparenz in den Leitungsgremien sollten gesichert sein. So waren die Wiederwahl in eine Funktion nach acht Jahren nur mit Zweidrittel-Mehrheit möglich sowie eine Trennung von Parteiamt und Mandat vorgesehen. Delegiertenkonferenzen und Parteitage hatten laut Statut in einer Weise protokolliert zu werden, »daß jedes Parteimitglied den Verlauf der Diskussionen verfolgen kann«. Die Parteiführung auf DDR-Ebene sollte einem »Landesparteierrat« mit 30 Mitgliedern zufallen, ergänzt durch weitere Vertreter der Regionen in Abhängigkeit von deren Mitgliederzahlen. So verzeichnete etwa Arndt Noack »ein anders Verhältnis zwischen Parteispitze und Parteibasis« als im »demokratischen Zentralismus« als eines seiner Grundanliegen.²³

Wiederum eine Woche später, am 14. Oktober 1989, trat der Vorstand mit einem Gründungsaufruf an die Öffentlichkeit. Eine erste Liste mit Kontaktadressen für die Gründung von Ortsverbänden verzeichnete drei Namen aus dem späteren Land Mecklenburg-Vorpommern: Arndt Noack aus Greifswald, Ursula Kaden aus Stralsund und Arno Behrend aus Neubrandenburg.²⁴

Die Gründung in Mecklenburg-Vorpommern

In die Städte Vorpommerns und Ostmecklenburgs gelangten die Nachrichten von der bevorstehenden SDP-Gründung sehr früh – durch die Mitgründer Ursula Kaden, Arndt Noack und Arno Behrend. Auch Gottfried Timm, Pastor in Röbel, war über diese Absicht informiert und trat schon am Tag nach der Gründung der Partei bei.²⁵ In der Stadt Neubrandenburg wurde ein SDP-Vertreter am 11. Oktober – noch vor der Gründung einer Parteigliederung – für einen Diskussionsabend benannt, auf dem auch neue Interessengruppen vorgestellt werden sollten.²⁶ Im Bezirk Neubrandenburg kam es im Rahmen der Montagsdemonstrationen schnell zu Informationsveranstaltungen über die Sozialdemokratie. In den Kreisstädten Röbel, Malchin und Waren gründeten sich die ersten Ortsverbände. In den kleineren Gemeinden

23 Noack, Wir bleiben hier, S. 27.

24 Vgl. Universitätsarchiv Rostock (UAR), Wendearchiv, Akte 52, Kontaktadressen zur Gründung von Ortsverbänden der SDP, o.D.

25 Vgl. Kröger, SPD in den neuen Bundesländern, S. 12.

26 Vgl. Die Geschichte unserer friedlichen Revolution. Herbst 1989 – Frühjahr 1990. Eine Chronologie der Ereignisse in Neubrandenburg aus der Sicht von Fridolf Heydenreich (= Schriftenreihe des Regionalmuseums Neubrandenburg, H. 23), Neubrandenburg 1993, S. 7.

wie Stavenhagen, Dargun und Neukalen im Kreis Malchin organisierten sich Gruppen unabhängig voneinander und auch ohne Einfluss aus Kreis und Bezirk.²⁷ In der Bezirksstadt selbst fand die formelle Gründungsversammlung am 27. Oktober statt, die Gründungsurkunde unterzeichnete Arno Behrend.

Tags zuvor hatte sich die Sozialdemokratie neu formiert; in Stralsund kamen bereits am 16. Oktober sieben Interessierte zu einem ersten Treffen zusammen, aber erst am 14. November konstituierte sich ein Ortsverein. Wiederum zwei Wochen später wählten die Mitglieder einen Vorstand.²⁸

Anders sah es in Rostock aus, der früheren Hochburg der Sozialdemokratie in Mecklenburg. Mitte Oktober erfuhr der Kinderarzt Ingo Richter durch das »ZDF« von der Gründung in Schwante. Kurze Zeit später brachte ein Student von Arndt Noack aus Greifswald Informationsmaterial und das Statut von Schwante mit nach Rostock.²⁹ Ende Oktober fand eine erste Informationsveranstaltung in der Rostocker Petrikirche statt, in der Gottfried Timm aus Röbel über die SDP berichtete. Horst Denkmann war parallel dazu nach Greifswald gefahren und brachte weitere Informationen mit – und provisorische, mit der Schreibmaschine geschriebene Aufnahmescheine.³⁰ Es trafen sich dann privat Ingo Richter, Fritz Gosselck, Jens-Uwe Jerichow, Nana sowie Horst Denkmann und verständigten sich auf die Gründung einer sozialdemokratischen Partei.³¹

Am 8. November, erst einen Monat nach dem Treffen von Schwante, wurde im kleinen Kreis in der Privatwohnung Denkmanns die Bildung der Partei förmlich beschlossen. Es unterzeichneten Jens-Uwe Jerichow, Nana und Horst Denkmann, Roman Biernat, Helmut Aude, Ingo Richter und Lothar Thurmann, der später für die Rostocker SPD am zentralen »Runden Tisch« in Berlin mitarbeitete und den Kontakt in seine Heimatstadt verlor. Am gleichen Tag noch sollte die Partei von den Gründern im Rostocker Rathaus angemeldet werden. Der stellvertretende Oberbürgermeister und Abteilungsleiter für Inneres versuchte, die Sozialdemokraten

27 Vgl. Kröger, SPD in den neuen Bundesländern, S. 13.

28 Siehe Auskunft von Gisela Klostermann, Stralsund, 20.3.2000.

29 Vgl. UAR, Wendearchiv, Akte 56, Gedächtnisprotokoll von Dr. habil. Ingo Richter, 17.10.1991. – Vgl. auch Sie wollen Freunde sein, keine Genossen, in: Frankfurter Rundschau vom 15.12.1989.

30 Vgl. Horst Denkmann: Eine Diktatur kann man nur abschaffen, in: Herbst '89. Zeitzeugen erinnern sich ..., Rostock 1999, S. 135 (künftig zitiert: Herbst '89 – Die Wende in Rostock).

31 Vgl. die anderslautenden Angaben bei Bernhard Schmidtbauer: »Im Prinzip Hoffnung«. Die ostdeutschen Bürgerbewegungen und ihr Beitrag zum Umbruch 1989/90. Das Beispiel Rostock, Frankfurt am Main u. a. 1996, S. 208 (künftig zitiert: Schmidtbauer, »Im Prinzip Hoffnung«). – Schmidtbauer stützt sich ebenfalls auf Berichte von Ingo Richter. Danach sei die Gründung in Rostock früher (am 8. Oktober) und ohne Kenntnis der Gründung in Schwante erfolgt. Bernhard Schmidtbauer: Tage, die die Bürger bewegten. Eine Chronik des Umbruchs in Rostock vom August 1989 bis zum Oktober 1990, Bd. 1, o.O. 1991.